

UNSERE WOCHEN IM LANDTAG

Liebe Leserinnen und Leser,

mit mehr als 1.250 Einrichtungen verfügt Bayern über die vielfältigste und lebendigste Museumslandschaft in Deutschland. Mit knapp 19 Millionen Museumsbesuchern jährlich nimmt der Freistaat bundesweit unangefochten die Spitzenposition ein. Damit das auch in Zukunft so bleibt, hat der Freistaat die Museumsoffensive gegründet. Damit wollen wir staatliche Museen und Sammlungen in ihrer organisatorischen und rechtlichen Struktur sowie ihrer gesamten Governance zukunftsfest und modern aufstellen.

Denn die staatlichen Museen und Sammlungen im Bereich Kunst sind wichtige Säulen des Kulturstaaes Bayern: Sie spielen eine bedeutende Rolle für das kulturelle Gedächtnis, Kreativität und unsere Identität. Um international weiterhin wettbewerbsfähig zu bleiben. Im Rahmen der Museumsoffensive werden daher in einem umfassenden Change-Prozess verschiedene Weichenstellungen – etwa in den Bereichen Digitalisierung und kulturelle Teilhabe – vorgenommen. Außerdem sollen die bayerischen Museen noch stärker zu Orten werden, an denen sich Familien willkommen fühlen – mit Angeboten, die Kinder und Eltern gleichermaßen ansprechen.

Gegenwärtig hat das Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst die Rechts- und Fachaufsicht über 18 Museen sowie Sammlungen als nachgeordnete Behörde und ist bei jedem Haus unmittelbar in zahlreiche operative Einzelprozesse eingebunden. Hierfür bringen wir neue Governance-Strukturen auf den Weg, um Kompetenzen besser zu bündeln und Synergien zu schaffen. Nur so können wir eine optimale Ressourceneffizienz staatlicher Mittel bei einer höheren Eigendeckung durch Einnahmesteigerungen gewährleisten. Die Museumsoffensive soll künftig zudem durch eine Bauoffensive ergänzt werden. Auf diese Weise wollen wir notwendige Bau- und Modernisierungsmaßnahmen gezielt vorantreiben.

Ich wünsche Ihnen wieder viel Freude beim Lesen!

Ihr Heimatabgeordneter **Dr. Martin Brunnhuber**



UNSERE HIGHLIGHTS

SEITE 2:

EEG-NOVELLE:
VERLÄSSLICHE
RAHMEN-
BEDINGUNGEN
SCHAFFEN!

SEITE 3:

EINSATZ VON
DROHNEN IN DER
LANDWIRTSCHAFT
ERLEICHTERN

SEITE 5:

UNSERE WOCHEN AUF
SOCIAL MEDIA

RÜCKBLICK

EEG-Novelle: Wir fordern verlässliche Rahmenbedingungen

Die monatelange Verzögerung der EEG-Novelle durch die Bundesregierung gefährdet die Energiewende und verunsichert Investoren: Seit Bekanntwerden des ersten Arbeitsentwurfs zur Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes Anfang März 2026 warten Länder, Kommunen, Stadtwerke, landwirtschaftliche Betriebe sowie Unternehmen und private Investoren dringend auf einen belastbaren Gesetzentwurf. Mit einem Forderungspapier haben wir die Bundesregierung nun zu einer zügigen Vorlage gedrängt. Denn es muss Schluss sein mit der monatelangen Rechts- und Investitionsunsicherheit – stattdessen braucht es endlich langfristig verlässliche Rahmenbedingungen.

Dabei müssen neue Bürokratie sowie zusätzliche Risiken und Unwägbarkeiten unbedingt vermieden werden, um den Wirtschaftsstandort Deutschland nicht weiter zu gefährden. Dazu sprechen wir uns nachdrücklich für eine technologieoffene Energiepolitik aus, bei der sämtliche erneuerbaren Energieträger entsprechend ihres Beitrags zu Versorgungssicherheit, Netzstabilität und regionaler Wertschöpfung berücksichtigt werden. Die einzelnen Energieträger dürften dabei keinesfalls gegeneinander ausgespielt werden. Besondere Bedeutung kommt dabei der Biomasse zu, da Biogas- und Biomethananlagen als regelbare Stromquellen gerade in Zeiten geringer Wind- und Solarstromerzeugung maßgeblich zur Versorgungssicherheit beitragen. Da Bayern über einen deutschlandweit bedeutenden Anlagenbestand verfügt, fordern wir langfristige Anschlussregelungen, höhere Ausschreibungsvolumina sowie eine bessere Vergütung für gesicherte Leistung und Flexibilität.

Auch die Wasserkraft muss als heimische Grundpfeiler-Technologie erhalten bleiben, da sie verlässlich Strom liefert und die Netze stabilisiert. Hier gilt es, Modernisierungen gezielt zu fördern, Genehmigungsverfahren zu beschleunigen und Stilllegungen aufgrund unverhältnismäßiger Bürokratie zu verhindern.

Mehr dazu [HIER](#).

Unser Antrag im Landwirtschaftsausschuss: Einsatz von Drohnen in der Landwirtschaft erleichtern

Diese Woche haben wir uns mittels Antrag für Erleichterungen beim Einsatz von Drohnen in der Landwirtschaft eingesetzt. Denn Drohnen werden für eine effektive Bewirtschaftung immer wichtiger. Einsatz finden Drohnen beispielsweise bei der Ausbringung von Nützlingen zum Schutz von Mais sowie bei der Anlage von Blühstreifen – beides geht mittels Drohne um ein Vielfaches schneller als das Verteilen per Hand oder Maschine. Ackerbauern verwenden die Hightech-Geräte beispielsweise auch, um sich ein Bild vom Zustand ihrer Pflanzen und Böden zu machen. Selbst Pflanzenkrankheiten oder Unkräuter können aus der Luft erkannt werden.

Das Problem: Die Anwendung von Drohnen ist bislang mit erheblichem bürokratischem und planerischem Aufwand verbunden. Landwirte müssen aktuell unter anderem einen großen Drohnenführerschein und Flugstunden ablegen sowie eine Genehmigung für die Nutzung kommerzieller Drohnen beim Luftfahrt-Bundesamt beantragen. Bund und EU müssen deshalb rasch die notwendigen Schritte einleiten, um Genehmigungen zu vereinfachen und zu verkürzen sowie den Einsatz flächendeckend und niedrigschwellig zu ermöglichen.



Schließlich belegt die Anwendungsbreite, dass die Arbeit von Landwirten mittels Drohnen effizienter, kostensparender und ressourcenschonender vonstattengehen kann, denn dank der präzisen Daten werden nur dort Dünger, Wasser und Pflanzenschutzmittel ausgebracht, wo sie wirklich gebraucht werden. In Zeiten von hohen Dieselpreisen und Klimawandel ist es für Landwirte eine spürbare finanzielle Entlastung, wenn sie den Traktor für bestimmte Einsatzzwecke stehen lassen und stattdessen mit Drohnen arbeiten können. Es ist daher höchste Zeit, dass die Bundesregierung mit den technischen Innovationen in der Landwirtschaft Schritt hält und die rechtlichen Weichen für deren Nutzung stellt. Mehr [HIER](#).

Förderrückforderungen in Land- und Forstwirtschaft: Fraktion setzt sich für 1.000-Euro-Bagatellgrenze ein

Diese Woche haben wir eine Machbarkeitsprüfung der Anpassung der verwaltungspraktischen Bagatellgrenze bei Rückforderungen im Bereich land- und forstwirtschaftlicher Förderprogramme gefordert. Denn schon Kleinstbeträge führen hier zu unverhältnismäßig hohem bürokratischem Aufwand – sowohl für unsere Verwaltung als auch für Betriebe. Eine einheitliche Bagatellgrenze von 1.000 Euro würde viele Verfahren vereinfachen und dafür sorgen, dass Ressourcen effizienter eingesetzt werden können. Gerade für familiengeführte Betriebe, denen im Rahmen komplexer Förderverfahren ein nicht böswilliger und nur marginaler Fehler unterlaufen ist, würde eine solche Bagatellgrenze enorme Erleichterung bedeuten. Davon würden auch die ohnehin überlasteten Behörden profitieren, die dann die Option hätten, von einem aufwendigen Rückforderungsprozess abzusehen. Mehr [HIER](#).

Volksbegehren: Fraktion lehnt Begrenzung der Amtszeit des bayerischen Ministerpräsidenten ab

Die Amtszeit des Ministerpräsidenten zu begrenzen, lehnen wir weiter ab. Es muss in unserem Freistaat letztlich die freie Entscheidung der Wählerinnen und Wähler bleiben, wem sie ihr Vertrauen schenken. Dieses Votum des Souveräns darf man nicht durch eine Amtszeitbegrenzung einschränken. Seit der Plenarsitzung vom 15. Mai 2018 ist unsere Haltung unverändert: Damals wurde im Hohen Hause intensiv über eine entsprechende Änderung der Bayerischen Verfassung beraten, um die Amtszeit des Ministerpräsidenten auf zehn Jahre zu begrenzen. Wir stehen nach wie vor zu unserer damaligen Position, dass die Begrenzung der Wiederwahlmöglichkeit nicht mit dem demokratischen Prinzip der freien Wahl durch die Bürgerinnen und Bürger vereinbar ist. Mehr [HIER](#).

“
Eine Begrenzung der Amtszeit des Ministerpräsidenten ist nicht mit dem demokratischen Prinzip der freien Wahl durch die Bürgerinnen und Bürger vereinbar.
”

Florian Streibl
Fraktionsvorsitzender



FREIE WÄHLER
LANDTAGSFRAKTION

UNSERE WOCHEN AUF SOCIAL MEDIA

#MeldungDerWoche: So geht es für Bad Alexandersbad weiter

25 Millionen Euro Schulden – bei nur 920 Einwohnern: Bad Alexandersbad steht finanziell mit dem Rücken zur Wand. Heute hat der Haushaltsausschuss des Bayerischen Landtags beschlossen: Die Gemeinde erhält noch eine letzte Chance.

Wie es für Bad Alexandersbad weitergeht, erklärt unser haushaltspolitischer Sprecher Bernhard Pohl. Zum Reel auf Instagram geht's [HIER](#).



#StreiblsStandpunkt: Fünf Jahre Ahrtal-Flut: So begegnen wir der Gefahr!

Welche Lehren können wir aus der schrecklichen Flutkatastrophe 2021 im Ahrtal in Rheinland-Pfalz ziehen? Und wie bereiten wir uns vor auf Wetterextreme, die uns durch den Klimawandel zunehmend begegnen werden?

Antworten dazu hat unser Fraktionsvorsitzender Florian Streibl. [HIER](#) geht's zum wöchentlichen Social Media-Format #StreiblsStandpunkt bei Facebook.

#UnsereMeinung: Keine Einschnitte bei der Psychotherapie!

Die Bundesregierung legt mit dem Kürzungsgesetz die Axt an die psychotherapeutische Versorgung in Deutschland an. Das ist verantwortungslos – und wird den Steuerzahler auf lange Sicht viel Geld kosten: Denn gerade bei psychischen Erkrankungen sind frühzeitige, wirksame Behandlungen auch volkswirtschaftlich sinnvoll, weil sie Folgekosten vermeiden können.

Der halbherzige Entschließungsantrag der Koalition zur Psychotherapie kompensiert die Angriffe auf die Psychotherapie in keiner Weise.

Wir FREIE WÄHLER setzen uns für einen frühzeitigen, wohnortnahen und niedrigschwelligen Zugang zu psychotherapeutischen Angeboten für Menschen mit psychischen Erkrankungen ein. Angebote wie die psychotherapeutische Sprechstunde und Akutbehandlungen sollen leicht erreichbar sein – gerade für Kinder und Jugendliche, für Menschen in Krisen und in ländlichen Regionen. Zum Short auf Youtube geht's [HIER](#).



#PostDerWoche: Herzlichen Glückwunsch an unsere Preisträger!

Wir freuen uns, dass zahlreiche unserer (ehemaligen) Abgeordneten in diesem Jahr mit der kommunalen Verdienstmedaille sowie der kommunalen Dankurkunde ausgezeichnet worden sind! Dies zeigt erneut die starke Verwurzelung unserer Fraktion in den Kommunen.

Die kommunale Verdienstmedaille in Bronze erhalten: Umweltminister Thorsten Glauber, gastropolitische Sprecherin Jutta Widmann und

Pflegebeauftragter Thomas Zöller. Die Kommunale Dankurkunde erhalten: Landtagsvizepräsident Alexander Hold, energiepolitischer Sprecher Josef Lausch und unser ehemaliger Abgeordneter Michael Koller.

Der Bayerische Innenminister zeichnet jährlich kommunale Mandatsträgerinnen und Mandatsträger aus ganz Bayern mit der Kommunalen Dankurkunde sowie der Kommunalen Verdienstmedaille aus. Die Preisträger sind Personen, die sich insbesondere durch langjährige Tätigkeit in einem Kommunalparlament oder in anderen kommunalen Ehrenämtern um die kommunale Selbstverwaltung in Bayern verdient gemacht haben. Zum Post geht's [HIER](#).



#5Dinge, die uns diese Woche gefreut haben

Zwischen Ausschusssitzungen, Terminen und Gesprächen gibt es jede Woche auch viele schöne Momente. Deshalb haben wir diese Woche auf unseren sozialen Kanälen #5Dinge geteilt, über die wir uns diese Woche gefreut haben – von spannenden Begegnungen bis zu besonderen Erkenntnissen. [HIER](#) geht's zum Post.

"Alle in diesem Newsletter verwendeten Bilder und Social Media-Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. © 2026 [FREIE WÄHLER Landtagsfraktion].

Die Nutzung oder Weiterverbreitung ist ohne ausdrückliche Genehmigung nicht gestattet."

Sie wollen immer auf dem Laufenden bleiben? Folgen Sie uns:



<https://www.facebook.com/fwlandtag>



<https://www.instagram.com/fwlandtag/>



<https://www.youtube.com/@fwlandtag>



<https://www.threads.net/fwlandtag>



<https://bsky.app/profile/fwlandtag.bsky.social>

Wir wünschen Ihnen ein schönes Wochenende!

Impressum

**Landtagsabgeordneter
Dr. Martin Brunnhuber
Hofgasse 2 | 83278 Traunstein
Telefon +49 861 21164123
kontakt@mdl-brunnhuber.de**
